

Grosser Gemeinderat

Worb, 23. Juni 2020

395. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 22. Juni 2020, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort	Schulzentrum Worboden, Turnhalle
Leitung	Büchel-Wampfler Sandra (SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
2. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
1. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
2. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
Mitglieder	Zwyer Lukas (BDP)
	Cetin Christopher (EVP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Stauffer Michael (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Christensen Sven (FDP)
	Hager Rolf (FDP)
	Könitzer Patrick (FDP)
	Lanfranconi Elena (FDP)
	Marchand Andy (FDP)
	Rothenbühler Marc (FDP)
	Stucki Daniel (FDP)
	Jorio Marco (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Fiechter Niklaus (SVP)
	Howald Lichtenberger Heidi (SVP)
	Kohli Stephan (SVP)
	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Waber Karin (SVP)
	Zingg Stephan (SVP)
	Bircher Andreas (SP)
	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
	Goetschi Thomas (SP)
	Heil Günter (Grüne)
	Hodler Adrian (SP)
	Marthaler Matthias (SP)
	Von Arx Roland (Grüne)
	Wenger Claude (Grüne)

Abwesend	Cavargna Tiziano (SP) Hofer Thomas (BDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Zimmermann Noemi (SP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2020: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2019: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Gemeinderechnung 2019: Genehmigung
5. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 395	22.06.2020	1	2017/21-262	143	12/0/0

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Der Ratsausflug findet, wie geplant, am 11. September 2020 statt. Ich bin da etwas knapp in der Zeit, da ich dies noch abklären musste und ich nicht ganz sicher war, ob wir gehen können oder nicht. Wir werden ziemlich bald nach dem Mittag das blaue Bähnli nach Muri nehmen und dann von dort aus zum Flughafen Belp laufen. Wir werden dort die Basisstation der Rega besichtigen. Die Besichtigung beginnt bereits um 14.00 Uhr. Im Moment sind dort nur Gruppen von 20 Personen erlaubt. Daher ist es wichtig, dass ihr euch das nächste Mal anmeldet. Ich werde dafür sorgen, dass die Anmeldung dann aufliegt. Ihr habt jetzt eine Woche Zeit, es euch zu überlegen, dann könnt ihr die Anmeldung auch gleich ausfüllen. Wir machen zwei Gruppen wegen den 20 Personen. Dass es den anderen nicht langweilig ist, werde ich diese mit einer Demo und Einführung von REDOG von Such- und Rettungshunde des schweizerischen Suchvereins von Rettungshunde beschäftigen. Dort bin ich auch einsatzfähiges Mitglied und Kollegen von mir werden euch demonstrieren, wie wir arbeiten. Wir gehören, wie auch die Rega, zur Rettungskette Schweiz und daher passt es dann sehr gut zusammen. Wir werden dann nach der ersten Besichtigung die Gruppen tauschen und dann hatten beide Gruppen beide Demos. Wir gehen anschliessend mit dem Bus zurück nach Worb. Wir werden auf dem Bärenplatz am Markt das Apéro nehmen. Dort ist der Marktverein, welcher helfen wird, zu organisieren und servieren. Die Stände, welche dort sind, mit dem feinen Trockenfleisch, Brot und Käse, werden uns dort bewirten. Anschliessend gehen wir im Wislepark essen. Dies ist das Programm. Wie gesagt, das nächste Mal bekommt ihr die Einladung, wo ihr euch anmelden könnt.

Aebersold Daniel, ASK: Ich habe noch eine Mitteilung zum Bestätigungsbericht der ASK. Im Bestätigungsbericht der ASK zum gleis2 steht, dass die ASK keine Ergebnisprüfung durchführt. Dies erweckt den Eindruck, dass die ASK die Kontrolltätigkeit beim gleis2 reduziert hat. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aufsicht durch die ASK ist nicht minimiert, sondern intensiviert worden, in dem zwei Mitglieder der ASK direkt am Controllinggespräch zwischen dem gleis2 und dem Departement Soziales teilnahmen. Dann hätte ich eine Mitteilung zum Schwerpunktthema WVRB. Die ASK hat als Schwerpunktthema den Beitritt der Gemeinde Worb zum Wasserverbund Region Bern AG unter die Lupe genommen. Wir erstellten einen Fragekatalog, welchen wir zur Beantwortung der Fragen Gemeinderat Adrian Hauser zustellten. Die Fragen wurden zur Zufriedenheit der ASK durch Gemeinderat Adrian Hauser sowie Urs Thöni, Leiter Bauabteilung, schriftlich beantwortet. Am 10. Januar 2019 wurden Aktien bei der WVRB AG im Wert von 1,56 Millionen Franken gekauft. Der Kaufpreis für die Primäranlagen von 6'758'000 Franken wurden am 3. Mai 2019 von der WVRB AG an die Gemeinde einbezahlt. Die Beträge entsprechen den Angaben in den Botschaften an das Parlament und an das Volk. Die Leistungsverträge für die Betreuung der Primäranlagen werden eingehalten. Für das Jahr 2019 wurden pauschal 49'800 Franken der WVRB AG in Rechnung gestellt. Mit bedauern, mussten wir von der ASK zur Kenntnis nehmen, dass die WVRB AG ab 2020 den Kubikpreis um zehn Rappen erhöht, um die Schuldenlast langfristig abzubauen. Das ergibt für Worb eine Einkaufspreisenerhöhung von ca. 70'000 Franken oder ca. zwölf Prozent. Ab 1. Januar 2020 ist auch unser vorheriger Wasserlieferant, die Gemeinde Muri, der WVRB AG beigetreten. Also wären wir jetzt wohl eine Insel, wenn wir dort nicht beigetreten wären. Die ASK dankt Gemeinderat Adrian Hauser und Urs Thöni, Leiter Bauabteilung, für die Beantwortung unserer Fragen.

Cetin Mayk, EVP: Ich möchte noch kurz die Fraktionszusammensetzung der EVP durchgeben. Wir haben diese noch nicht offiziell mitgeteilt. Fraktionspräsident ist Rolf Stöckli, Vize-Fraktionspräsident bin ich und das Sekretariat wird weiterhin von Silvia Moser ausgeführt.

Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2020: Genehmigung

Sitzung Nr. 395	Datum 22.06.2020	Traktandum 2	Beschlussnummer 2017/21-263	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2019: Genehmigung

Sitzung Nr. 395	Datum 22.06.2020	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-264	Geschäftsnummer 361	Archivnummer 12/10/7
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat den Verwaltungsbericht an ihrer letzten Sitzung genauer angesehen. Der Verwaltungsbericht ist übersichtlich, gut lesbar und klar. Die ASK anerkennt die grosse Arbeit, welche hinter diesem Bericht steht und spricht der Verwaltung ein grosses Dankeschön aus. Die ASK empfiehlt dem Parlament den Verwaltungsbericht 2019 zu genehmigen. Eine Anmerkung haben wir noch. Auf Seite 9, Postulate, haben wir einen Fehler festgestellt. Das Postulat SP+Grüne "Begrünung öffentlicher Räume" wurde als erheblich erklärt und abgeschrieben. Im Bericht steht jedoch Nichterheblicherklärung und Abschreibung.

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Die GLP/BDP-Fraktion dankt ganz herzlich für das Abfassen von dieser Flut von Informationen. Es ist doch jedes Jahr wieder erstaunlich, was man darin alles vernimmt. Ich finde es eine gute Grundlage für uns alle, dass wir auch eine Übersicht über die Gemeinde bekommen, wo wir nicht alltäglich sehen. Ich persönlich lese den Bericht sehr gerne und ich erfahre jedes Jahr wieder etwas Neues. Wir haben dies auch zusammen in der Fraktion angesehen und haben dann etwas herausgepickt. Dieses Jahr haben uns die Neophyten beschäftigt. Da haben wir uns auch gefragt, ob es vielleicht an anderen Orten auch noch gibt und nicht nur im Worbboden, wo diese eliminiert wurden. Dies wissen wir nicht. Auf jeden Fall gibt es uns einen richtig guten Überblick. Vielen Dank.

Hager Rolf, FDP: Die FDP-Fraktion würdigt die Arbeit des Verwaltungsberichtes 2019 sehr. Er wurde nahtlos weitergeführt und auch noch verbessert. Ich habe von meiner Fraktion gehört, dass dieser Verwaltungsbericht früher nie so war und jetzt wesentlich besser ist. Das Wesentliche wird abgehandelt und übersichtlich dargestellt. In den Spalten hat man Vergleichszahlen mit klaren Darstellungen, welche aussagekräftig sind. Ich habe dort zwei, drei Sachen herausgenommen. Zur Aktualität, der Tagesschule: 2016 waren 158 Kinder angemeldet und 2019 bereits 220. Dies ergibt 40 Prozent mehr. Währenddessen die Wohnbevölkerung in Worb von 2016 zu 2019 nur um 23 Personen zugenommen hat. Dies sind 0.2 Prozent. Speziell ist uns aufgefallen, dass die Schulzahnpflege 2018 126 Gesuche bewilligt hat und im 2019 nur 41. Aber bei den 41 Gesuchen wurde mehr Geld ausgegeben als bei den 126 Gesuchen. Speziell war es auch noch bei den Autokontrollen. Es wurden 86'674 Autos kontrolliert, 100 Prozent mehr als im Vorjahr, aber Verzeigungen und Bussen sind gleich geblieben. Also hat nichts geändert. Die FDP-Fraktion hat noch eine Frage zu ihrer Motion "effizienter und kostengünstigere Sitzungsvorbereitung im Grossen Gemeinderat". Die Unterlagen kann man sowohl elektronisch als auch in Papierform haben, aber es ist nirgendwo die Grundlage vorhanden. Nach Art. 5 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wurde es nicht vollzogen. Die FDP-Fraktion möchte, dass man dies ändert und man dies so im Reglement festhält. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Parlament den Verwaltungsbericht zu genehmigen.

Federer Guido, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne ist sich der Arbeit bewusst, welche hinter diesem Verwaltungsbericht steckt und ist der Meinung, dass man sich damit mehrheitlich ein sehr gutes Bild über die Tätigkeit der Politik und der Verwaltung im letzten Jahr machen kann. Wir begrüssen es zudem, dass ein paar Anregungen, welche wir in den letzten Jahren zu diesem Bericht eingegeben haben, aufgenommen wurden. Bei den einzelnen Departementen sind wir jedoch der Meinung, dass es deutliche Unterschiede in der "SMARTheit" der Ziele gibt. SMART im Sinn von spezifisch, messbar, aktiv beeinflussbar, realistisch und terminiert. Dies würde aus unserer Sicht ein gutes Ziel ausmachen. Wir danken allen Verantwortlichen für die Ausarbeitung des Berichtes. Wir haben unsere Fragen im Vorfeld den einzelnen Departementvorstehenden zur Beantwortung zugestellt und warten auf die Beantwortung von diesen, ohne dass wir für jede Frage nochmals das Wort ergreifen. Gemäss dem Verwaltungsbericht Seite 13 soll das Postulat von der SP+Grüne-Fraktion vom 19. März 2020 betreffend "mehr Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen!" abgeschlossen und als erledigt betrachtet werden. Wir sind der Meinung, dass dem nicht so ist. Das Postulat fordert, dass geprüft werden soll, wie der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden kann. Zwar wurden in letzter Zeit an verschiedenen Standorten Wohnungen erstellt, jedoch vor allem im höheren Preissegment. Die Ortsplanungsrevision bietet zudem auch kein Rezept, wie bezahlbarer Wohnraum gefördert werden kann oder soll. Wir beantragen daher, dass das Postulat nicht abgeschlossen wird und der GR die Prüfung, wie preisgünstiges Wohnen gefördert werden kann, zügig an die Hand nimmt. Die Fraktion SP+Grüne genehmigt den vorliegenden Verwaltungsbericht.

Steinmann Hans-Ulrich, SVP: Im Namen der SVP danke ich den Verfassern für die Ausarbeitung von diesem Verwaltungsbericht. In unseren Augen ist dieser, im Vergleich zum letztjährigen Bericht, weiter übersichtlicher und kompakter ausgefallen und beinhaltet viele interessante Fakten aus unserer Gemeinde. Wir sind grundsätzlich mit der Ausarbeitung des Berichts zufrieden und empfehlen ihn zu genehmigen.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Marchand Andy, ASK: Aus Sicht der ASK gibt es einen Punkt, welchen wir ansprechen möchten und zwar der Punkt 1.4 auf der Seite 19. Hier ist die ASK zum Schluss gekommen, dass ein Modell zu erstellen nicht das Gleiche ist, wie eine Checkliste zu machen. Wir sind nicht grundsätzlich nicht damit einverstanden, dass man dieses Vorgehen gewählt hat, aber im Ergebnis steht, das Ziel sei erfüllt. Die ASK ist dort der Meinung, dass man hätte schreiben sollen, das Ziel ist nicht erfüllt. Also man hat nicht dieses Modell gemacht, sondern man hat sich für die Checkliste entschieden, was nicht falsch ist. Aus Sicht von der ASK wäre dies als nicht erfüllt aufzuführen, weil es abgeändert wurde.

Steinmann Hans-Ulrich, SVP: Im Departement Präsidiales haben wir von der SVP-Fraktion eine Frage und eine Anmerkung. Die Frage ist beim Punkt 4, ob bei der Abschätzung, ob mehr Stellenprozente bei den Sozialdiensten nötig sind, wirklich externe Analysen notwendig sind. Und die Bemerkung, der Anstieg der Stellenprozente in der Verwaltung 2016 bis 2019 von ca. 1'000 Prozenten, also zehn Vollzeitstellen, erachten wir als sehr viel.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Besten Dank für die Fragen, die uns vorgängig gestellt wurden. Dies ist sehr hilfreich, so können wir uns auch gut vorbereiten. Ich beginne gerade bei der SVP. Sind bei der Abschätzung, ob mehr Stellenprozente nötig sind bei den Sozialdiensten, externe Analysen wirklich notwendig? Ich mache dort eine Vorbemerkung. Der Gemeinderat ist grundsätzlich sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, neue Stellen zu schaffen. Der Bedarf für zusätzliche Stellenprozente muss klar ausgewiesen sein und es muss gleichzeitig auch sichergestellt sein, dass die Arbeitsabläufe in der Abteilung effizient organisiert sind. Es ist uns ebenso wichtig, dass man nicht nur mit vielen Leuten arbeitet, sondern dass man auch effizient und gut unterwegs ist. Dies war die Vorbemerkung, nun komme ich zur Frage selber. In den letzten Jahren sind die Fallzahlen sowohl im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz als auch im Bereich wirtschaftliche Sozialhilfe stetig angestiegen. Es gibt je länger je mehr Dossiers. Der Sozialdienst hat den Gemeinderat Ende 2018 informiert, dass sie ihre Aufgaben mit den bewilligten Ressourcen nicht mehr befriedigend bewältigen können. Die angemeldeten Ansprüche waren recht massiv. Der Gemeinderat hat aus diesem Grund eine externe Analyse gefordert und diese in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieser Analyse wurden nicht nur die Kapazitäten sondern auch die Arbeitsorganisation der Sozialdienste überprüft. Die Ergebnisse liegen seit dem letzten Sommer vor und werden nun kontinuierlich umgesetzt. Die Kapazitäten wurden angepasst und die Ablauforganisation ist man jetzt am überarbeiten und am optimieren. Soweit die Antwort auf die erste Frage. Der Anstieg der Stellenprozenten in der Verwaltung um total zehn Stellen seit 2016 ist tatsächlich viel. Dies sehen wir gleich, wie ihr von der SVP, aber die zusätzlichen Stellenprozente betreffen eben die Sozialdienste auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Tagesschule. Da haben wir heute bereits von Rolf Hager gehört, wie dort eine markante Zunahme bei den Kindern ist, welche dort teilnehmen. Bei beidem gibt der Kanton die Richtlinien vor und beides führt dazu, dass man mehr Stellenprozente haben muss, um die Arbeit zu bewältigen. Der Kanton gibt es vor, dafür bekommen wir von der Gemeinde Geld aus dem Lastenausgleich, um die Personalkosten zu decken. Dies die Stellungnahme zur Frage der SVP. Jetzt komme ich zur SP. Sie haben total drei Fragen gestellt. Die erste Frage betrifft den Punkt 1.2 Beschaffungswesen auf der Seite 19 beim Soll-Ist-Vergleich: Wir bitten den Gemeinderat zu informieren, welche Kriterien der Gemeinderat gemäss der von ihm erlassenen Beschaffungsrichtlinie anwendet. Wir haben gesagt, wir wollen für das Beschaffungswesen neu entscheidungsrelevante ökologische und soziale Kriterien anwenden. Ich kann dazu sagen, dass der Gemeinderat dies in seinem Leitbild 2017 so festgehalten hat, dass die öffentliche Beschaffung auch den hohen ökologischen und sozialen Standards genügen soll. Ich schicke voraus, dass die Beschaffungsgrundlagen oder eben die Kriterien, wie ihr es nennt, in drei Gruppen eingeteilt werden können. Es gibt wirtschaftliche Grundsätze, ökologische Grundsätze und soziale Grundsätze. Ich beginne gerne mit den wirtschaftlichen Grundsätzen. Die Beschaffung erfolgt natürlich in erster Linie beim bestmöglichem Preis-/Leistungsverhältnis. Wichtig ist dabei aber, dass dabei nicht nur der Kaufpreis, sondern alle Lebenszykluskosten berücksichtigt werden. Die Lebenszykluskosten umfassen alle Kosten vom Kaufpreis an über die Kosten für Energie und Verbrauchsmaterialien, sie umfassen die Kosten für Service und Unterhalt bis hin zu den Kosten für das Recycling oder die Entsorgung. Also muss man alles in Betracht ziehen. Aufgrund von diesem Preis muss man sich dann für das beste Verhältnis entscheiden. Dazu kommt, dass eben auch die ökologischen Grundsätze berücksichtigt werden. Die Schonung der Ressourcen ist wichtig. Es ist wichtig, dass das gekaufte Material und die angeschafften Geräte so lange wie möglich genutzt werden. Sie sollen über die ganze Lebensdauer betrachtet möglichst wenig Materialien und Energie verbrauchen und gleichzeitig möglichst wenig Emissionen und Abfall erzeugen. Es ist wichtig, dass man die angeschafften Geräte vielseitig einsetzen kann und man muss sie reparieren und bei Bedarf sogar aufrüsten können. Dann zu den sozialen Grundsätzen. Für uns ist wichtig, dass die Arbeitsbedingungen global verbessert werden und dass die Ausbeutung, ich denke hier an Kinderarbeit, geringer Lohn und sehr lange Arbeitszeiten, und die Ungerechtigkeit durch Diskriminierung von Frauen oder gewissen Ethnien verringert wird. Wir fordern deshalb, dass in der Offerte mit gängigen Labels offengelegt wird, dass diesen Werten in der ganzen Produktions- und Zulieferkette nachgelebt wird. Dies sind die Kriterien, welche wir neu brauchen beim Beschaffungswesen. Weiter haben ich ebenso eine Frage von der SP betreffend dem Entwicklungsmodell erhalten. Dies ist das, wo Andy Marchand vorhin auch erwähnt hat. Sie schreiben hier: Gemäss den Ausführungen des Gemeinderates erwies sich das Modell als zu komplex und kaum brauchbar. Der Gemeinderat hat stattdessen eine Checkliste erlassen. Wir bitten den Gemeinderat zu informieren, weshalb das Modell zu komplex ist und welche Punkte die erwähnte Checkliste umfasse. Wir sind davon ausgegangen, dass man ein Modell aufstellen könnte, welches einfach aufzeigen würde, wie viele Kinder von einer Überbauung dann in die Schule gehen. Wir hatten damals das Gefühl, dass der Schulraum das Hauptproblem ist, wenn man neue Überbauungen macht. Wenn die Überbauungen zu gross sind, dann überlaufen plötzlich die Schulzimmer, dann fehlt der Schulraum. Daher haben wir gesagt, wir möchten ein Modell, welches uns

dies ausrechnen kann. So haben wir angefangen. Dies haben wir gefordert. Wir haben dann aber festgestellt, dass gerade bei grossen Überbauungen nicht nur die Kinderzahl ein wichtiger Parameter ist. Es gibt noch ganz andere Sachen bzw. ganz andere Auswirkungen, welche berücksichtigt werden müssen. Beispielsweise reicht die Wasserversorgung aus, um dort hinten eine so grosse Überbauung zu machen? Reicht die Abwasserentsorgung? Wie kann man den Abfall entsorgen, wenn viele Häuser gebaut werden? Wie muss der Winterdienst und die Strassenreinigung für die neue Überbauung organisiert werden? Wie werden die bestehenden Strassen durch den zusätzlichen Verkehr belastet? Zeichnen sich Probleme in Bezug auf die Verkehrssicherheit ab? Braucht es ein zusätzliches Angebot im öffentlichen Verkehr? Braucht es zusätzliche Angebote für die Kinder wie Tagesschule, Schulraum oder Kindertagesstätte? All dies muss geprüft werden. Wie sieht der Schulweg aus? Braucht es allenfalls zusätzliche Schülertransporte? Dann vielleicht etwas erfreulicherer. Wie viele Steuereinnahmen können erwartet werden? Auch dies ein wichtiger und interessanter Punkt. Auf der anderen Seite, welche sozialen Angebote wie Jugendarbeit, Sozialarbeit oder Altersbetreuung sind womöglich zusätzlich erforderlich? Ihr merkt, ein Modell, welches alle diese Fragen für eine bestimmte Überbauung liefern könnte, würde sehr komplex, wäre kaum händelbar und auch nicht zweckmässig. Für den Gemeinderat ist aber wichtig, dass diese Fragen bearbeitet werden, welche ich jetzt aufgezählt habe. Dass man sich überlegt, wie es genau aussieht, wenn man eine Überbauung macht. Daher hat man gesagt, es sei wichtig, dass man eine Checkliste aufbaut und man dann die Sachen so überprüft. Somit ist das ursprüngliche Anliegen des Gemeinderates eben abgedeckt. Ich gehe hier gerne noch auf die Bemerkung von Andy Marchand zu diesem Punkt ein. Die Ziele der Vorschau legt jeweils der Gemeinderat fest und legt sie euch, dem GGR, nur zur Kenntnis vor. Ihr könnt es ansehen und feststellen, was der Gemeinderat im Sinn hat, aber ihr genehmigt diese nicht. Somit hat der Gemeinderat auch die Kompetenz, ein Ziel abzuändern, wenn er es für richtig befindet und als erfüllt zu erklären, wenn dies aus seiner Sicht zutrifft. Das ist hier jetzt so der Fall. Dann haben wir noch eine letzte Frage von der SP. Diese betrifft die Besuche bei den Landwirten. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat in Auftrag gegeben? Ich schicke hier voraus, dass wir von der OMK jedes Jahr sechs oder sieben Firmen besuchen und im letzten Jahr haben wir gesagt, wir möchten die Bauernbetriebe anschauen. Wie dies bei Firmenbesuchen üblich ist, haben auch die besuchten Landwirte einen ganzen Strauss von Anliegen bei uns deponiert. Dies war bei den Firmen jeweils auch so. Diese Anliegen sind zum Teil widersprüchlich. Der Eine will mehr Ökologie, der Andere lieber weniger. Die Anliegen können zum Teil durch die Gemeinde nicht abgedeckt werden. Das Anliegen, dass das einheimisch produzierte Raps- und Sonnenblumenöl gegenüber dem billigen importierten Palmöl geschützt werden sollte, können wir nicht umsetzen. Oder es sind Sachen, welche bereits laufen wie die Förderung der regionalen Produkten mit dem Label "Früsch vo Worb". Trotzdem hat der Gemeinderat ein paar Massnahmen aufgenommen und zur Prüfung weitergeleitet. Beispielsweise wurde der Unterhalt der Wege bemängelt. Es hat geheissen, dass es zu fest stäube. Wir haben dies so aufgenommen und dem Werkhof weitergeleitet. Es wurde gefordert, dass man die Wegränder zur rechten Zeit mähe, ansonsten könne man nicht ausweichen, wenn man mit den grossen Fahrzeugen kommt. Es wurde gefordert, dass man die Disteln an den Wegrändern ausjätet, weil diese ansonsten absamen und dann mühsam im Lande wieder ausgejätet werden müssen. Dies setzen wir im Werkhof natürlich gerne so um. Weiter wurde gefordert, dass diverse Hofzufahrten durch die Gemeinde übernommen werden. Ich habe mir sagen lassen, dass es eine Gemeinde gibt, ich meinte Walkringen, welche dies gemacht hat. Dies ist etwas, dass wir jetzt prüfen und werden ihnen dann eine entsprechende Antwort zukommen lassen. Schliesslich wurde noch die Forderung nach einer Kampagne für Hundehalter eingebracht, dass sie darauf achten, dass der Hundedreck entfernt wird. Diese Sachen haben wir aufgenommen und entsprechend weitergeleitet. Soweit die Antworten auf die diversen Fragen von SP, SVP und ASK.

Department Finanzen

Wenger Claude, ASK: Wir haben hierzu drei Fragen an den Gemeinderat. Das erste ist auf der Seite 24, Punkt 1.5. Hier heisst es bei der Realisierung: "In Bearbeitung. Eine Umfrage konnte noch durchgeführt werden. Ein Fragebogen dazu ist in Bearbeitung." Wir wollten fragen, ob es heissen sollte "konnte noch nicht durchgeführt werden". Eine Umfrage durchzuführen ohne Fragebogen ist wahrscheinlich recht schwer. Das nächste ist auf der Seite 25, Punkt 1.7. Hier heisst es beim Zielwert, dass Sachen veräussert werden im 2021. Hier wollten wir fragen, ob es eine Liste mit den zu veräusserten Liegenschaften gibt, welche im 2021 veräussert werden sollen. Zum Schluss haben wir noch eine Frage zur Seite 27, Punkt 7.1. Hier stimmen die Schadensbeträge und die Anzahl der Schäden nicht überein. Wir sind uns nicht sicher, ob wir dies nicht richtig verstanden haben.

Es heisst zum Beispiel Anzahl Schäden 1 und Schadenquote 0 Prozent. Oder an anderen Orten hat es Anzahl Schäden 0 und Schäden in CHF 72'863.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Besten Dank. Leider haben wir die Fragen nicht im Vorfeld bekommen, wie wir es eigentlich erwartet haben. Daher kann ich jetzt auch nicht zu 100 Prozent Antwort geben. Das Erste ist ein Rechtschreibfehler, dies ist korrekt. Das zweite zur Liste, diese ist inoffiziell. Es handelt sich beispielsweise um Objekte in Vielbringen, wo wir bereits im GGR hatten und veräussern wollten. Es hat sich damals noch um das Schulhaus Wattenwil gehandelt, welches inzwischen verkauft ist. Es geht um die Eggasse 20, welche noch im Eigentum der Gemeinde ist. Und so weiter. Wir haben jedoch diese Zielwerte nicht verändert. Dies war seit Anfangs der Legislatur so. Durch die Rückweisung des Anliegens Vielbringen ist inzwischen eine nichtständige Kommission Bodenpolitik eingesetzt worden. Wir werden zuerst die Strategie zu den künftigen Veräusserungen überarbeiten müssen. Danach können wir erst sagen, welche Gebäude oder Liegenschaften überhaupt bei der Gemeinde bleiben sollen und welche man dann verkaufen sollte. Daher können wir es zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Dies hat sich seit dem Beginn der Legislatur bis heute etwas verändert. Es sind im Wesentlichen die drei grossen Liegenschaften Bibliothek, Richigenheimet und das Schulhaus Wattenwil. Dies waren jene, welche uns auf dem Magen gelegen sind. Diese sind inzwischen veräussert. Die Anderen sind nur noch unbedeutend. Vielbringen ist nicht unbedeutend. Dort wollten nicht wir veräussern. Es war ein Anliegen der Bewohner, welche an uns gelangten und fragten, ob sie es kaufen können. Daher haben wir dieses Geschäft geprüft. Die anderen Liegenschaften sind nicht unbedingt Perlen oder Verkaufsobjekte, wo extrem viel Druck auf der Zeitachse liegt. Bei der dritten Frage haben wir ganz ehrlich die Zahlen von unseren Beratern kopiert und so in den Bericht eingefügt. Wir reichen dies gerne nach, aber dies müssen wir nachfragen.

Departement Bau

Aebersold Daniel, ASK: Seite 30, Punkt 1.2: Hier heisst es: "Die Anschlussvereinbarungen der Schulhäuser an den Wärmeverbund sind unterzeichnet." Welche Schulhäuser sind hier betroffen? Dann zur Seite 32, Punkt 3.1: Hier geht es wieder um die Zahlen zum Wohnungsbau, wo wir von der ASK das Gefühl haben, diese sind unverlässlich und es geht nicht auf. Ich sage hier ein Beispiel. Die ASK hat bereits im letzten Jahr, also im Verwaltungsbericht 2018 Fragen zu jenen im Bau befindlichen Wohnungen und zu den fertiggestellten Wohnungen gestellt. Vom Gemeinderat Bau haben wir damals zur Antwort bekommen, dass 149 anstatt die 80 Wohnungen sich per Ende 2018 noch im Bau befinden. Dies kann man im Sitzungsprotokoll vom 24. Juni 2019 nachlesen. Im Verwaltungsbericht 2019 sind unter 2018 gleichwohl wieder diese 80 Wohnungen aufgeführt. Was stimmt jetzt? Dann fragen wir uns schon, ob die Zahlen 2019 richtig sind. Dann haben wir die Seite 33, Punkt 3.3.2: Ist bekannt, warum die Radonkonzentration im Schulhaus Wyden so hoch war? Wurde abgeklärt, ob umliegende Gebäude auch zu hohe Radonkonzentrationen aufweisen. Seite 34, Punkt 4.1.1: Haben sich durch die Realisierung des Netzersatzes an der Richigenstrasse vor Beginn der Strassensanierung Mehrkosten ergeben? Wenn ja, wie viel?

Steinmann Hans-Ulrich, SVP: Ja es ist eher eine banale Frage, aber ihr werdet merken, auch wir kämpfen natürlich auch für einen verlässlichen Verwaltungsbericht. Punkt 4.6, Winterdienst: Ist das Zufall, dass die Verbräuche von Salz immer in den geraden Jahren 81 Tonnen und in den ungeraden Jahren 108 Tonnen betragen?

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich komme gerade zur Fragenbeantwortung von der Frage der ASK, welche Schulhäuser am Wärmeverbund angeschlossen sind. Anschlussvereinbarungen wurden für die Schulhäuser Rüfenacht, Oberstufenzentrum Worboden, Sonnhalde, Zentrum und Wyden erstellt. Dies sind die Schulhäuser, welche man früher oder später dem Wärmeverbund anschliessen möchte. Dann haben wir hier noch ein unsägliches Thema, welches von der ASK zurecht moniert wurde und zwar im Zusammenhang mit der Statistik des Wohnungsbaus. Es ist wirklich verwirrend, wenn man das ganze anschaut und vergleicht. Es ist richtig, dass man es gut anschaut und dass es jetzt hier auch moniert wird, dass es nicht in Ordnung ist und gegenüber der letztjährigen Zahlen nicht stimmen kann. Es ist tatsächlich so, wenn ihr jetzt unter Wohnungsbau schaut, die baubewilligten Wohnungen, die fertiggestellten Wohnungen und die Ende Jahr im Bau befindlichen Wohnungen, dann ist schon mal sehr verwirrend, was jetzt eigentlich was ist. Bei den baubewilligten Wohnungen handelt es sich nicht um die Anzahl Wohnungen sondern um die Anzahl Objekte. Wenn es

beispielsweise um einen Wohnblock mit 15 Wohnungen geht, dann handelt es sich um ein Objekt. Es geht in dieser Sparte nicht darum, wie viele Gesuche bewilligt wurden, sondern wie viele Gesuche eingegangen sind. Es ist somit komplett falsch aufgeschrieben hier und es ist nicht nachvollziehbar. Ich verlange von der Bauverwaltung, dass man beim nächsten Verwaltungsbericht zuverlässige Zahlen hat. Danke, dass ihr nochmals darauf hingewiesen habt, dass es falsch ist und nicht stimmen kann. Dann kommen wir zur Radon-Frage. Die Radon-Frage ist ein Thema, welches in allen Gemeinden behandelt werden muss und auch behandelt wird. Die Grenzwerte von der Radonkonzentration wurden vom Bund stark nach unten angepasst. In den Schulhäuser Wyden und Zentrum wurden die Grenzwerte in einzelnen Räumen überschritten. Mit gezielten Massnahmen konnte man dies jedoch beheben. Worb ist in dem Sinne gesamthaft nicht stark belastet bzw. nicht als stark belastet eingestuft, trotzdem sind grundsätzlich erhöhte Radonkonzentrationen in Gebäuden möglich. Das Phänomen woher es kommt, es kommt vom Boden aus, ist noch recht offen. Die Ursachen sind nach wie vor noch nicht restlos geklärt. Durch Abdichtungen gegen das Erdreich, kann das Problem in der Regel relativ einfach behoben werden. Im Rahmen von den Baubewilligungsverfahren werden die Liegenschaftseigentümer auf die Möglichkeit von erhöhten Radonkonzentrationen hingewiesen. Die Nachbarn von Schulhäusern wurden nicht zusätzlich orientiert, dass in diesen Gebäuden Radon vorkommt. Dann haben wir noch die Frage zu den Mehrkosten vom Netzersatz an der Richigenstrasse. Dazu kann man sagen, dass es keine Mehrkosten gegeben hat. Dann noch zur Frage betreffend dem Salz. Das Problem ist, dass nicht abgeschätzt werden kann, wie viel noch in den Silos ist. Also geht man auf Erfahrungswerte und im einen Jahr muss man drei Leerungen und im anderen Jahr vier Leerungen nachfüllen. Über die Jahre ist es bis jetzt so aufgegangen. Ich persönlich bin erstaunt, dass man nicht genau Buchhaltung führt, wie viele Tonnen am 31. Dezember noch vorhanden sind. Somit könnte man den effektiven Salzverbrauch von Januar bis Dezember feststellen. Wenn man es eben nicht so genau erfasst, dann geht man auf die Anzahl Leerungen, welche man macht.

Departement Umwelt

Moser Silvia, ASK: Die ASK hat zwei Feststellungen zum Bericht vom Departement Umwelt. Auf Seite 38 im Soll-Ist-Vergleich gibt es einige Punkte, welche wiederkehrende Aufgaben sind und deshalb nie ganz erfüllt werden. Dies sind die Punkte 1.1 die Reduzierung der Gewässerbelastung mit Pflanzenschutzmitteln, 1.3 die Natur- und Lebensräume von Neophyten befreien, 1.6 die Gesamtabfallmenge senken durch Abfallvermeidung und -trennung und 1.7 die Bevölkerung für die Abfallvermeidung und -trennung sensibilisieren. Diese Massnahmen empfehlen wir als wiederkehrende Aufgaben in die Legislaturziele, die Vorschau und in den Verwaltungsbericht aufzunehmen. Auf Seite 43 unter Punkt 5.3 Statistische Angaben zum Wasserverbrauch. Der Wasserverlust durch Schäden und Brüche an alten Rohrleitungen hat im Jahr 2019 stark zugenommen. Die ASK bedankt sich beim zuständigen Gemeinderat Adrian Hauser für die gute Berichterstattung im Departement Umwelt und für die Stellungnahme.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: SP+Grüne haben auch noch eine Frage eingegeben. Eigentlich eine generelle Frage mit den "SMARTen" Vergleichen. Dies geht ins gleiche, wie die ASK gerade gefragt oder gesagt hat, dass man dauerhafte Aufgaben im Verwaltungsbericht anders aufführen sollte. Wir werden dieses Anliegen sicher so aufnehmen und beim nächsten Verwaltungsbericht so einbringen. Ich finde jedoch, dass auch diese zehn Massnahmen, welche wir hier stehen haben, messbar sind und ich diese beeinflussen kann. Klar bei der Neophyten-Bekämpfung, wenn dort als Ziel steht, die Gemeinde möchte von Neophyten befreit sein, dies schaffe ich wahrscheinlich nicht ganz zumindest nicht in dieser Legislatur. Dies wird wahrscheinlich wirklich ein Dauerauftrag sein und bleiben. Dann hat die ASK, dies kann ich hier auch noch erwähnen, den Wasserverbrauch erwähnt, welcher sehr gestiegen ist. Gemäss unserem Brunnenmeister Roland Bieri werden seit dem 2019 die Wasserverluste vor allem auch in undichten Leitungen viel genauer erhoben. Nach seiner Beurteilung haben sich diese Verluste nicht wesentlich verändert. Man kann sie jetzt einfach besser messen. Darum sollte es von jetzt an möglich sein, zu vergleichen, wie viel Wasser man tatsächlich in diesen undichten Leitungen verlieren.

Departement Bildung

Zwyer Lukas, ASK: Wir haben eigentlich nur zwei Sachen. Und zwar auf Seite 50, Punkt 3.8 ist auch uns aufgefallen, dass die Gesuche für Zahn- und kieferorthopädische Behandlungen stark abgenommen haben. Jetzt ist unsere Frage, ob weniger Gesuche eingereicht wurden oder wurden diese restriktiver bewilligt. Als

zweites auf der Seite 51, Punkt 4.2 Bibliothek Rüfenacht ist uns bei den eingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer aufgefallen, dass die Zahlen im 2019 abgenommen haben. Wir schliessen daraus, dass die Kundenkorrektur vorgenommen wurde. Ist dem tatsächlich so?

Steinmann Hans-Ulrich, SVP: Wir von der SVP-Fraktion haben hier zwei Fragen. 3.2 Sportklettern: Wie weiss man im Verwaltungsbericht 2019 bereits was bis Mitte 2020 laufen wird? Oder wurde da die Jahrzahl verfehlt? Punkt 3.7: Wie wurde das Angebot der Betreuung während den Schulferien genutzt? Da haben wir ja ein Kredit bewilligt und wir wissen, dies läuft erst seit den letzten Herbstferien, dennoch würde uns vom zuständigen Gemeinderat interessieren, ob man bereits erste Rückmeldungen diesbezüglich hatte.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Besten Dank für die Fragen. Ich gehe der Reihenfolge nach durch. Ich beginne bei der ASK. Die erste Frage betrifft auf Seite 50 den Punkt 3.8. Die FDP hat auch bereits auf die Zahn- und kieferorthopädischen Behandlungen hingewiesen. Diese hat tatsächlich im Jahr 2019 einen richtigen Einbruch erlitten. 2018 waren es noch 126 Gesuche und im 2019 noch 41. Tatsächlich wurden einfach so viele Gesuche weniger eingereicht. Die Grundlagen und die Praxis der Gesuchsbehandlung hat nicht geändert. Diese sind genau gleich geblieben. Vielleicht liegt es daran, wenn man die Kosten anschaut, dass diese im 2019 im Vergleich zum 2018 sogar noch angestiegen sind. Es liegt wahrscheinlich daran, dass einzelne Korrekturen über mehrere Jahre gehen und andere Korrekturen früher abgeschlossen werden. Dies kann ich nicht genau beantworten, aber die Zahlen stimmen. Der nächste Punkt der ASK ist auf Seite 51 der Punkt 4.2. Es geht um die Bibliothek Rüfenacht, um die Anzahl der eingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer der Bibliothek. Die ASK fragt, warum diese gesunken ist, ob es an der Kundenkorrektur liegt. Dies ist tatsächlich so. Die Kundenkorrektur haben wir von der Kornhausbibliothek übernommen. Dies haben wir auch in Worb gemacht. Dies heisst, dass man Benutzerinnen und Benutzer streicht, welche sich mehr als drei Jahre nicht mehr eingeloggt haben in der Bibliothek. Dies hat man in Rüfenacht nun neu eingeführt. Jetzt macht man dies jedes Jahr. Dann zu den beiden Fragen der SVP. Das Eine ist das Sportklettern, da seht ihr es gerade dort hinten, da könnt ihr üben gehen. Der Grund, dass man bereits 2019 vorhersehen konnte, dass es 2020 ändert, ist, dass der freiwillige Schulsport immer pro Schuljahr stattfindet. Also vom 1. August bis 31. Juli. In dieser Zeit hat die Person, welche dieses Sportklettern anbietet, auf Ende Schuljahr gekündet. Daher hat man dies bereits jetzt so im Verwaltungsbericht erwähnt. Die nächste Frage der SVP geht um die Ferienbetreuung, welche jetzt neu ist und ausgebaut wurde in Worb. Man hat tatsächlich Zahlen. Ich kann es euch grob sagen. Im 2019 hatte man einen Schnitt von fünf bis zehn Kinder pro Tag. Bewilligt haben wir damals maximal 16 Plätze. Ihr seht, man hatte damals noch das Gefühl, dass es plötzlich eng werden kann mit 16 Plätzen. Wir sind jedoch recht gut im Hick. Weiter ist noch eine Frage von SP+Grüne reingekommen. Hier geht es um die Seite 39, Punkt 3.6 Erwachsenenbildung. SP+Grüne fragen, welche Projekte konkret unterstützt wurden. Es ist so: Die Gemeinde Worb unterstützt die Erwachsenenbildung mittels Publikationen im Anzeiger und auf der Webseite. Zusätzlich werden die Räume gratis zur Verfügung gestellt. Ich verzichte darauf, alle Kurse, welche 2019 stattgefunden haben, zu erwähnen. Es sind 30 pro Halbjahr. Es war unheimlich spannend, als ich heute die Liste durchgegangen bin, was alles angeboten wird. Es geht von Sprachkursen bis zur Zivilcourage. Es ist alles abgedeckt. Es ist wahnsinnig, was hier alles läuft. Wer es genauer wissen möchte, kann es bei mir verlangen, ich habe es ausgedruckt. Ich gehe jetzt zum Schluss noch kurz auf das Votum der FDP ein und nutze es um Werbung in fast eigener Sache zu machen. Es geht um den enormen Anstieg von Kindern, welche die Tagesschule brauchen. Dies entspricht tatsächlich einem aktuellen Trend. Wir sind da in Worb nicht einzig, wo es sprunghaft nach oben geht. Wir kommen dann nächste Woche noch darauf. Dann werden wir vielleicht noch vertieft sagen können, wie dies geht. Was die Folgen davon sind. Eines ist jedoch sicher, wir müssen in Worb zwingend neuen Raum für die Tagesschule haben. Da kommen wir in einer Woche darauf zu sprechen.

Departement Soziales

Keine Wortmeldungen.

Departement Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Departement Planung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Änderungsantrag der SP+Grüne:

Die Fraktion SP+Grüne stellt den Antrag, das Postulat der SP-Fraktion vom 25. Juni 2012 mit dem Titel "mehr Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen!" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der Fraktion SP+Grüne wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2019 wird genehmigt.
2. Mit der im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 3.3, angegebenen Begründung werden abgeschrieben:
 - Postulat der SP-Fraktion vom 25. Juni 2012 mit dem Titel "mehr Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen!"
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 12. September 2016 mit dem Titel "ein Parkleitsystem für Worb"
 - Postulat der SVP-Fraktion vom 12. November 2018 mit dem Titel "LKW-Fahrverbot Bernstrasse 'Zubringerdienst gestattet'"
 - Motion der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2018 mit dem Titel "effizientere und kostengünstigere Sitzungsvorbereitung im Grossen Gemeinderat"
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 4. Februar 2019 mit dem Titel "Finanzplan 2020 – 2024 mit Variantenvergleich".

Gemeinderechnung 2019: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 395	22.06.2020	4	2017/21-265	31806	21/20

Detailberatung

Wenger Claude, ASK: Die ASK hat die Gemeinderechnung 2019 besprochen und geprüft. Wir empfehlen euch diese zu genehmigen. Wir möchten aber zuerst noch ein paar Punkte betonen: Erstens stellen wir fest, dass der Investitionsstau weiterhin besteht. Zweitens, bei den Steuereinnahmen wurde ein bisschen zu optimistisch budgetiert. Dort sind die Einnahmen zwar weiter angewachsen, haben aber die hohen Erwartungen nicht erreicht. Drittens wurde viel Geld durch das Verkaufen von Liegenschaften eingenommen, dort möchten wir euch erinnern, dass dies einmalige Einnahmen sind und einen wesentlichen Teil zum guten Abschluss beigetragen haben. Die Rechnung wurde transparent erstellt und übersichtlich dargestellt. Alle unsere Fragen zur Rechnung sind zufriedenstellend beantwortet worden. Wir bedanken uns bei allen beteiligten für die geleistete Arbeit an der Gemeinderechnung.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich freue mich, euch eine erfolgreiche Jahresrechnung 2019 präsentieren zu dürfen. Ich halte mich im wesentlichen an das Handout, welches ihr alle erhalten habt. Ich gehe davon aus, dass es bekannt ist und dass ihr es angeschaut habt. Ich erlaube mir aber, es zu kürzen

und gewisse Punkte zusammenzufassen. Es haltet fit und beweglich, wenn man kontrollieren muss, auf welcher Seite ich bin, wenn ich etwas aus dem Handout präsentiere. Ich hoffe, dass ich nicht wie Bruno sagen muss, dass alles von hinten bis vorne nicht stimmt. Das wäre mir peinlich. Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Plus von 1,6 Millionen Franken ab. Budgetiert waren -625'000 Franken. Dass heisst, die Besserstellung des Gesamthaushaltes beträgt rund 2,2 Millionen Franken. Dies ist das erfreuliche Thema von dieser Rechnung. Das Resultat stellt sich zusammen aus dem Ergebnis des allgemeinen Haushaltes, welcher mit knapp 2 Millionen Franken im Plus ist, wobei man wegen der Investitionstätigkeit rund 540'000 Franken in die finanzpolitische Reserve einlegen muss, sodass am Schluss 1,45 Millionen Franken übrig bleiben und dem Ergebnis von den Spezialfinanzierungen, welche gesamthaft 145'000 Franken im Plus sind. Wenn wir überprüfen, von wo dieses gute Resultat herkommt, kommen wir auf die folgenden drei Tops: Ein grosser Bestandteil ist der Lastenausgleich der Sozialhilfe, welcher über 1,5 Millionen Franken besser abschliesst, als angenommen. Ein weiterer Bestandteil sind die Buchgewinne. Wir haben rund 650'000 Franken Buchgewinne aus Verkäufen realisieren können. Und der dritte Punkt sind die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens, welche aufgrund der tiefen Investitionstätigkeit um rund 300'000 Franken tiefer waren, als budgetiert. Ein wesentlicher Fakt von der Rechnung 2019 ist natürlich der Beitritt zum WVRB. Ich erinnere nochmals, die Stimmberechtigten haben im November 2018 diesem Beitritt zum Wasserverbund Region Bern zugestimmt. Damit hat man Primäranlagen im Wert von 6,76 Millionen Franken verkauft. Im Gegenzug haben wir Aktien im Wert von 1,56 Millionen Franken gekauft. Dieses Geschäft hat auch in der Rechnung 2019 zu Entlastungen der Kosten geführt und hatte somit einen grossen Einfluss auf diese Rechnung. Ich erinnere euch einfach daran, dass es in den Gemeindefinanzen folgendermassen ist: Man hat zwar gewusst, dass dieser WVRB-Beitritt ein Thema ist, aber man konnte dies im Budget nicht abbilden, weil dies zum Zeitpunkt des Budgets noch nicht sicher war, ob der Stimmbürger diesem Geschäft zustimmt oder nicht. Wir können nicht Vermutungen angeben und planen. Alles was nicht sicher ist, wird im Budget nicht berücksichtigt. Dies ist einer der Hauptgründe, warum man in diesem Geschäft grosse Abweichungen hat. Wie immer haben wir euch auf den Einzelkonten die Besser- und Schlechterstellungen noch detailliert aufgeführt. Ich möchte sie aber nicht zusammen besprechen. Einfach noch zu den drei Punkten, bei welchen grosse Abweichungen vorhanden sind. Der erste Punkt sind die realisierten Gewinne aus dem Finanzvermögen. Wir haben die Bibliothek am Schmitzenplatz verkauft, welche einen Buchgewinn von 340'000 Franken eingebracht hat. Danach wurden verschiedene Landabtausche im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz getätigt. Diese liegen schon mehrere Jahre zurück, wurden aber im Jahr 2019 verbucht und brachten uns 314'000 Franken in die Kasse. Dieses Land war seiner Zeit aus dem Richigenheimet bzw. aus den Landanteilen der Landwirtschaftsparzelle Richigenheimet, welches man in Abtausch bringen konnte. Die grosse Summe von diesen rund 1,5 Millionen Franken im Sozialen haben drei Hauptteile. Einerseits hat die Rechnung 2018 um fast 570'000 Franken besser abgeschlossen als vorhergesehen. Danach ist die sogenannte Sollstellung, welches die Gutschrift vom Kanton an die Besoldungskosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe und vom KES-Bereich ist, um 490'000 Franken zu tief veranschlagt worden. Wir machen die Arbeiten im Gemeindehaus selbstständig und der Kanton entschädigt uns dafür. Dies hat man zu pessimistisch budgetiert, weil an dieser Stelle mehr Geld geflossen war. Der dritte Punkt ist der Beitrag an den Lastenausgleich der Sozialhilfe. Dieser wird normalerweise aufgrund der Informationen des Departements und einem kantonalen Planungstool budgetiert. Das Tool hat die Gemeinde Worb 365'000 Franken eingebracht. Das sind die Hauptpunkte der Einnahmen. Es hat natürlich auch Punkte, bei welchen wir schlechter stehen. Dies sind einerseits die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, welche rund 300'000 Franken höher sind als budgetiert und beim Verwaltungsbericht moniert worden sind. Das betrifft vor allem den Bereich der Sozialhilfe, Sozialberatung und Kindes- und Erwachsenenschutz, wobei wir aufgrund der steigenden Fallzahlen mehr Stellen schaffen mussten. Danach ist eine Stelle als technischer Mitarbeiter für die Feuerwehr und die Polizeiabteilung geschaffen worden. Zudem sind die Tagesschulpensen gestiegen. Während Sozialhilfe und Tagesschule natürliche effektive Erhöhungen sind, welche im Finanzausgleich wieder berücksichtigt werden, hofft man dank der Stelle des technischen Mitarbeiters der Feuerwehr, mittelfristig die Soldzahlungen zu minimieren, indem man eine bisschen professionellere Struktur schafft. Das Konto 310, Material- und Warenaufwand sieht schlecht aus. Für das Wasser haben wir 412'000 Franken mehr bezahlt. Der Grund dafür ist, dass wir mit dem Wasserbezug der Gemeinde Muri gerechnet haben. Wie bereits erwähnt, das Geschäft des WVRB ist nicht budgetiert worden. Heute haben wir das Wasser des WVRB. Wir zahlen eigentlich nicht mehr Geld für das Wasser, aber wir zahlen für die sogenannte Versorgungssicherheit. Dies war der Deal mit dem WVRB, mit dem Ziel, dass wir von zwei Seiten versorgt werden können. Dies kostet uns etwas, auf der Gegenseite gibt es eine Entlastung, welche nicht auf diesem Konto 310 ersichtlich ist. Man muss die Gegenkontis auch anschauen. Wenn man sich die Mühe gemacht hat, würden man in der Erfolgsrechnung im institutionellen Teil

auf Seite 103 sehen, dass man im Gegensatz zu diesen 412'000 Franken rund 550'000 Franken Entlastung bekommen hat. Nämlich Unterhalt und Löhne von 90'000 Franken und die tiefere Einlagewerterhaltung. Weil unsere Anlagen weniger wert sind, müssen wir weniger einzahlen. Das heisst, eigentlich ist das Geschäft WVRB auch zahlenmässig in der Rechnung so abgebildet, wie man es dem Stimmbürger damals zur Abstimmung abgegeben hat. Es ist eigentlich positiv für die Gemeinde. Wenn man beim Material- und Warenaufwand das Geschäft WVRB nicht dazurechnen würde, sähe man, dass man rund 64'000 Franken oder fünf Prozent unter dem Budget liegt. Die reine Kontobetrachtung ist ein bisschen irreführend. Kommen wir zu den Steuern. Es wurde bereits von der ASK erwähnt, dass die direkten Steuern von den natürlichen Personen zu tief sind. Das Modell für die Berechnung der Steuern hat sich als falsch erwiesen. Wir haben immer mit einem Wachstum der Wohnbevölkerung gerechnet. Dies ist eigentlich gerechtfertigt, wenn man die Bautätigkeit anschaut. Der Effekt der Steuereinnahmen verzögert sich und dauert länger als geplant. Wie ihr vielleicht im Verwaltungsbericht gesehen habt, ist die Bevölkerungszahl zurückgegangen in den Jahren 2017 und 2018 und erst seit dem Jahr 2019 wieder im Anstieg. Dies merken wir bei den Steuern. Wir haben mit der Rechnung 2018 schon bemerkt, dass das Modell zu hoch und die Annahme zu optimistisch ist. Wir haben dieses Modell jetzt verändert, dies werden wir aber erst mit der Rechnung 2020 anwenden können. Das Budget 2019 war schon fertiggestellt. Man kann aber immerhin sagen, dass der Steuerertrag der natürlichen Personen um rund 450'000 Franken über dem Vorjahreswert ist und dort die Richtung eigentlich wieder stimmt. Wenn man den allgemeinen Haushalt separat betrachtet, haben wir die Rechnung 2018 mit einem Plus von 368'000 Franken abgeschlossen. Jetzt die Rechnung 2019 mit 1,45 Millionen Gewinn. Zusammen ergibt dies eine stolze Summe der letzten zwei Jahre, in welchen wir positiv abschliessen konnten. Mit der Rechnung 2019, welche rund 2 Millionen im Plus ist, haben wir 543'000 Franken in die finanzpolitische Reserve eingelegt, weil wir zu wenig investiert haben. Damit sind die rechnerischen Abschreibungen tiefer als die Nettoinvestitionen. Dies ist etwas, dass man mit dem HRM2 eingeführt hat. Der Kanton will dabei sicherstellen, dass die Gemeinden nicht eine sehr gute Rechnung darstellen, indem sie nicht mehr investieren. Sie müssen somit ein Teilgewinn in die finanzpolitische Reserve einlegen, was dazu führt, dass das Resultat verringert wird. Die finanzpolitische Reserve gehört aber zu unserem Eigenkapital. Dieses Geld gehört uns. Es ist aber zweckgebunden und wir können es nicht einfach so auflösen. Es gibt bestimmte Bedingungen, wie man das Geld verwenden darf. Diese Reserven sind inzwischen auf 1,7 Millionen Franken angewachsen. Mit der Rechnung muss man immer die Nachkredite bewilligen. Dabei gibt es drei Teile. Die sogenannten gebundenen Nachkredite. Weil das System so ist, gibt es einfach einen Nachkredit. Wir können nichts, was nicht im Budget gestanden ist mit einem anderen Kredit abdecken. Es gibt Nachkredite in der Kompetenz vom Gemeinderat, welche rund 13,65 Millionen Franken zu 9,17 im Vorjahr betragen. Dies sieht sehr schlecht aus. Danach gibt es die echten Nachkredite, welche nicht gebunden sind, aber ebenfalls in der Kompetenz des Gemeinderats sind. Diese sind mit 650'000 Franken tiefer als 1,1 Millionen Franken im Vorjahr. Es gibt keine Nachkredite, welche in der Kompetenz des Grossen Gemeinderats sind. Um die 13,65 Millionen Franken noch ein bisschen zu relativieren, kann man sagen, dass rund 7,8 Millionen oder 55 Prozent von den gebundenen Nachkrediten eigentlich bedingt durch den Verkauf der primären Anlage sind, welche man netto in die Spezialfinanzierungen von 6,4 Millionen eingelegt hat. Es hat aber auch höhere Einlagen gegeben durch die Spezialfinanzierung, weil diese besser abgeschlossen haben, als man budgetiert hat. Somit muss man mehr einlegen, was wieder zu einem Nachkredit führt. Danach die finanzpolitische Reserve, welche auch nicht budgetiert wurde. Dies führt wiederum zu einem gebundenen Nachkredit. Dazu kommt noch der Kauf der Versorgungssicherheit, welcher ebenfalls nicht ins Budget eingerechnet wurde. Dieser benötigt ebenfalls einen Nachkredit. Wenn man dies abzieht, kann man sagen, dass die gebundenen Nachkredite ordentlich tiefer sind als im Vorjahr. Das heisst, hier heraus zu schliessen, dass der Gemeinderat 13,5 Millionen Franken einfach so bewilligt hat, wäre ein falsches Bild. Die Nachkredittabelle wäre ersichtlich in der Originalrechnung auf der Seite 64. Man muss schon fast die Lupe hervorheben, um es zu lesen aber es ist alles nachvollziehbar. Man hat schon ein paarmal von Investitionen gesprochen. Wir haben einmal mehr weniger investiert. Ihr habt die einzelnen Projekte, welche hier aufgeführt sind, anschauen können. Ich möchte mich auf die drei untersten Zeilen beziehen. Wir haben brutto 5,3 Millionen Franken investiert. Wir haben 9,51 Millionen budgetiert. Das heisst, 3,8 Millionen Franken weniger als budgetiert. Die Aussage stimmt einmal mehr, wir haben nicht das gemacht, was wir wollten. Aber auf was hat man verzichtet? Der Kindergarten Hänsel und Gretel mit 1,6 Millionen Franken, welcher erst jetzt gebaut wird. Danach ein Kredit im Schulhaus Wyden zum Ersatz der Heizung. Dies ist jetzt entfallen, weil man inzwischen das Schulhaus Wyden an die Fernwärme anschliesst. Diese Investition fällt weg. Danach haben wir noch den Gemeinschaftsraum Wattenwil, dort handelt es sich um knapp 3 Millionen. Wenn wir das alles gemacht hätten, wären wir einigermassen gut im Plan. Fakt ist aber, wir haben weniger investiert und auch weniger abgeschrieben. Dies

ist vielleicht nicht gut für die Infrastruktur, aber gut für die Rechnung. In Zahlen sieht dies noch viel komischer aus. Wir haben auch Geld erhalten, dies ist immer noch Geld des Hochwasserschutzes. Im Jahr 2019 sind wieder 1,9 Millionen an die Gemeinde gegangen. Dies ist die zweitletzte Tranche. Im Jahr 2020 gibt es nochmals eine kleinere Tranche. Dann ist es abgeschlossen. Danach kommt der Verkauf der primären Anlagen an den WVRB und noch weitere kleinere Teile. Das heisst, wir haben 8,7 Millionen Franken erhalten und 6,8 Millionen investiert. Die Gemeinde Worb hat im Jahr 2019 desinvestiert. Wir haben Anlagen verloren und Basisinfrastruktur verkauft, in diesem Sinn ist die Aussage einer Desinvestition auch nicht ganz falsch, aber wir hätten deutlich mehr Neuinvestitionen machen wollen. Noch zum Thema Steuereinnahmen. Wir sind 870'000 CHF unter dem Budget und haben 31 Millionen Gesamtfiskalertrag. Zudem haben wir 31,8 Millionen Franken budgetiert aber hatten 30,3 Millionen Franken im Vorjahr erreicht. Somit sind wir irgendwo dazwischen, aber dies ist natürlich nicht sehr befriedigend. Die Abweichungen sind vor allem bei der Einkommenssteuer von den natürlichen Personen. Diese sind mit 1,29 Prozent drastisch tiefer als budgetiert. Aber sie sind immer noch höher als im Vorjahr. Wie gesagt, der Grund ist dort primär, dass wir ein zu optimistisches Wachstumsszenario haben und man kann eigentlich davon ausgehen, dass im Jahr 2020 die Wohnungen, welche im Jahr 2019 bezogen worden sind, langsam zu Steuererträgen führen. Es ist nicht so, dass die Anzahl Wohnungen, welche gebaut wurden, deutlich hinter den Zielwerten sind, aber der Zeitpunkt von der Realisierung hat sich verzögert. Positiv kann man erwähnen, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen sich positiv entwickelt haben. Wie üblich seht ihr hier auf der Grafik blau den Gesamtsteuerertrag, wobei man die Abnahme im Jahr 2018 sieht. Diese hat man wieder ausgleichen können im Jahr 2019. Die Planung wäre gewesen, dass das Wachstum sich gleich weiterentwickelt hätte. Unten in der roten Kurve ist die Einkommenssteuer von den natürlichen Personen. Dort sieht man vom Jahr 2014 zum 2015 eine Steuererhöhung. Danach müssen wir ehrlich sagen, dass es mehr oder wenig konstant geblieben ist. Dies sieht man auch auf der Bevölkerungsstatistik. Dies ist sicher hinter den ursprünglichen Erwartungen und den Zielen des Gemeinderates. Kommen wir zu den juristischen Personen. Diese schwanken erfahrungsgemäss. Es hängt immer mit dem Zustand der Firmen und deren Investitionstätigkeiten ab. Es gibt da mehr Möglichkeiten, die Steuern zu gestalten. Die Veranlagung ist etwas anders als im privaten Haushalt. Man kann aber sagen, wenn man dies interpoliert, dass die Richtung stimmt, die Steuereinnahmen von den juristischen Personen nehmen zu. Während wir im Jahr 2013 noch 4 Prozent vom Gesamtsteuerertrag von den juristischen Personen erhalten haben, haben wir im Jahr 2018 knapp 6 Prozent. Jetzt kann man sagen, dies ist 1,5 Mal mehr, aber es ist und bleibt so, dass Worb immer noch nicht von den Firmen lebt und auch in den nächsten Jahren nicht von den Firmen leben wird. Kommen wir zu den Spezialfinanzierungen. Dazu sage ich nur schnell etwas. Die Spezialfinanzierungen sind eigentlich alle in einem guten Bereich. Bei der Wasserversorgung hat man ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen wollen. Man hat aber mit über 200'000 Franken besser abgeschlossen. Man sieht auch, dass der Reservebestand des Rechnungsausgleiches schon über eine Million Franken ist. Bei einem Zielwert von 600'000 Franken. Da ist eine Senkung der Wasserpreise einerseits gerechtfertigt, andererseits wird man wahrscheinlich die Differenz vom WVRB mit diesem Betrag auffangen können, dass man dies mindestens im nächsten Jahr nicht weitergeben muss. Kommen wir zum Abwasser. Wir sind dort 59'000 Franken schlechter als budgetiert. Auch dort haben wir von einem hohen Stand und zwar einen Rechnungsausgleich von fast 1,7 Millionen Franken, dies ist doppelt so hoch wie der Zielwert. Dabei hat man extra ein negatives Resultat budgetiert um diesen Vorrat abzubauen. Dieser war zwar ein bisschen stärker als erwartet, aber dort haben wir weiterhin kostenmässig zu viele Reserven. Die Abfallentsorgung war unser Sorgenkind, mit welchem wir Verluste in den vergangenen Jahren erzielt haben und eigentlich einen zu tiefen Bestand im Rechnungsausgleich hatten. Dabei hat man den Gebührenrabatt gestrichen und ein positives Ergebnis erwartet, welches jetzt noch besser geworden ist. 30'000 Franken besser als budgetiert. Man sieht, dass sich der Zielwert langsam in Richtung 430'000 Franken entwickelt. Auch das ist im grünen Bereich. Kommen wir zu den Finanzkennzahlen. Ich mute es euch nicht zu, dass ihr das auf diese Distanz lesen könnt. Wir haben jetzt vier Jahre HRM2 und jetzt wird es langsam spannend, weil man die Entwicklungen überprüfen kann. Jetzt haben wir vier Jahre die gleiche Rechnungsstellung und wir sehen, wie sich die verschiedenen Finanzkennzahlen entwickeln. In Zahlen entwickelt sich Worb in die richtige Richtung. Praktisch alle Finanzkennzahlen verbessern sich. Ich habe dort in der zweiten Spalte noch das Kriterium erwähnt, für wo der Kanton sagt, was er erwartet, wo es gut ist. Worb ist eigentlich nirgends im roten Bereich im Vergleich zum Kanton. Der einzige Schwachpunkt ist nicht überraschend der Investitionsanteil, welcher irgendwo bei zehn bis zwölf Prozent ist. Dabei handelt es sich um das Minimum, welches der Kanton vorschreibt. Wie schon erwähnt, schaffen wir es nicht, die Investitionen zu bewältigen, welche wir planen. Grundsätzlich ist Worb nicht ein Krisenfall und ist von der Entwicklung in der richtigen Richtung. Dies heisst aber nicht, dass wenn wir uns mit den Gemeinden vergleichen, mit

welchen wir uns messen wollen, dass wir vorne dabei sind. Da spreche ich nicht von Bern, sondern von ländlichen Gemeinden, welche ähnlich strukturiert sind wie Worb. Beispiele sind Belp, Ittigen, Münchenbuchsee und Münsingen. So sehen wir, dass wir hier noch im letzten Drittel sind. Achtung, das sind Zahlen vom Jahr 2018. Die Vergleichszahlen 2019 der Gemeinden haben wir noch nicht. Worb publiziert eigentlich jetzt, mit der Genehmigung die Rechnung. Es wird aber Sommer oder Herbst, bis wir diese Vergleichszahlen 2019 von den Gemeinden darstellen können. Wir werden sie nachreichen, sobald wir sie haben oder spätestens mit der nächsten Rechnung. Ich komme zum Fazit. Mit der Rechnung 2019 hat sich die Finanzlage der Gemeinde Worb weiter stabilisiert. Der Bilanzüberschuss wurde um 1,45 Millionen Franken erhöht. Wir haben neu ein Eigenkapital von 8,6 Millionen Franken ohne finanzpolitische Reserven. Der ganze Gewinn der Rechnung geht eigentlich gerade auf mit dem Überschuss der Abrechnung des Sozialdienstes. Es ist uns immer noch nicht gelungen, die geplanten, strategiekonformen Werterhaltungsmassnahmen umzusetzen. Es hilft einfach, tiefere Abschreibungen zu schreiben und eigentlich das Resultat zusätzlich zu verbessern. In so fern ist die Bemerkung der ASK sicher richtig. Die Verschuldung hat aber im Rechnungsjahr weiter abgenommen. Sie liegt heute bei 22 Millionen Franken. Die Schuldengrenze, welche wir uns aufgelegt haben, liegt bei 40 Millionen Franken. Diese haben wir deutlich nicht erreicht. Wir haben 18 Millionen Franken Luft nach oben. Im Zusammenhang mit der Schuldengrenze haben wir das Eigenkapital mit 5 Millionen Franken definiert. Wir rechnen die finanzpolitische Reserve dazu, somit liegt das Eigenkapital heute bei 10,4 Millionen. Auch dort konnten wir uns in den letzten Jahren Luft schaffen. Das heisst, der finanziell Handlungsspielraum in Worb hat sich erhöht. Es erlaubt uns, diese Investitionen, welche dringend notwendig und unbestritten sind, wirklich durchzuführen. Selbst gewisse Bedenken im Zusammenhang mit der Corona-Krise, welche ich teilweise aber nicht so drastisch sehe, werden wir mit diesen Zahlen bewältigen können.

Suter Michael, FDP: Im Namen von der FDP-Fraktion nehme ich zur Jahresrechnung 2019 von unserer Gemeinde gerne Stellung. Die FDP dankt zuerst der Finanzabteilung unter der Führung von Markus Lädach und dem Leiter der Finanzabteilung, Jonas Weil, für ihre Arbeit im vergangenen Jahr und die ausführlich erklärte Rechnung. Zuerst ein paar formelle Bemerkungen. Es wird begrüsst, dass Parlamentarier nicht mehr mit sämtlichen Unterlagen, insbesondere mit der ausführlichen Rechnung direkt bedient wurden. Dabei hat man sicher Papier sparen können. Es wäre allerdings hilfreich, wenn man im Handout einen direkten Link zu den Detailunterlagen finden würde, anstatt eines allgemeinen Hinweises auf die Webseite. Die Nachkredite muss ich trotzdem noch erwähnen, weil trotz der Zusicherung des GR im letzten Jahr sie wieder hoch sind. Ich weiss, dass es Sondereffekte gegeben hat durch den WVRB. Inhaltlich sieht die Jahresrechnung auf den ersten Blick erfreulich aus, es resultiert ein satter Ertragsüberschuss. Leider ist das Ergebnis aber nur auf den ersten Blick erfreulich. Aus Sicht von der FDP ergeben mehrere Faktoren dieses Ergebnis. Erstens ist das positive Ergebnis auf einmalige Sondereffekte zurückzuführen. Namentlich, das hat die Gemeinde selber gesagt, resultieren Buchgewinn aus Landverkäufe und der Verkauf aus den Primäranlagen an den WVRB hat einen positiven Einmaleffekt auf die Bilanz. Es ist falsch anzunehmen, dass es der Gemeinde strukturell gut geht, so wie es hier dargestellt ist. Mit noch grösserer Sorge beobachtet die FDP die Entwicklung von den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Mit minus 1,4 Millionen Franken stellt dieser Punkt der massgebendste Verschlechterungspunkt gegenüber dem Budget des vergangenen Jahres dar. Ich erinnere mich noch gut daran, dass die FDP für die Finanzplanung einen Variantenvergleich mit verschiedenen Ertragsszenarien gefordert hatte. Der entsprechende Vorstoss haben wir vorher mit dem Verwaltungsbericht gerade abgeschrieben. Man hat uns damals gesagt, dass diese Annahmen auf den Vorgaben des Kantons beruhen. Man hat sich dort offenbar verkalkuliert und dies mitten in einer Hochkonjunktur bei brummendem Wirtschaftsmotor und noch ohne Corona. Für die FDP bedeutet diese Ertragslage von der Gemeinde vor diesem Hintergrund somit ein Appell an alle, insbesondere auch an das Parlament hier, in Zukunft noch sorgfältiger mit unseren Steuergeldern umzugehen. Weitere Sorgen bereiten uns zudem die Schlechterstellung im Bereich der Löhne der Verwaltung. Vereinfacht gesagt, steht einem geringeren betrieblichen Ertrag, nämlich den Steuern, ein höherer betrieblicher Aufwand, den Löhnen, gegenüber. Da muss sich ja jede haushälterisch denkende Unternehmerin tief beunruhigt zeigen. Natürlich ist uns auch klar, dass im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz sowie bei der Sozialhilfe die Prozess für die Gemeinde immer aufwändiger werden. Trotzdem zeigt die Entwicklung eindrücklich, dass immer mehr Aufgaben und Kosten mit immer knapperen Mitteln auf der Stufe der Gemeinde bewältigt werden müssen. Dieses Dilemma kann die Gemeinde nur durch eine klare Führung über die Prioritäten für sich auflösen. Sich immer wieder auf notwenige und alternativlose Investitionsprojekte zu berufen, ist für die FDP nicht länger verantwortbar. Wir erwarten daher vom Gemeinderat, dass er die von der FDP seit Jahren geforderten Priorisierung noch nachdrücklicher umsetzt. Das wirksamste Mittel dafür ist die Schuldenbremse.

Diese haben wir im Moment als Selbstaufgabe des Gemeinderats nach einem Vorstoss von den Bürgerlichen. Für die FDP ist es wichtig, dass die Schuldenbremse im Gesetz verankert wird und darum haben wir heute einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Zum Schluss danken wir nochmals allen für den sorgsamem Umgang mit den knappen Ressourcen sowie für ihren Einsatz für diese Gemeinde. Die FDP wird die Gemeindefinanzrechnung 2019 genehmigen.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Ich halte mich wie immer zum Thema Rechnung nur kurz und versuche, nicht zu viel zu wiederholen, was bereits gesagt wurde. Die Fraktion SP+Grüne hat die Rechnung 2019 zur Kenntnis genommen und wird sie genehmigen. Wir wollen an dieser Stelle dem gesamten Team unter der Leitung von Markus Lädach und Jonas Weil für die Arbeit danken. Die Übersichtsbroschüre ist sehr gut gelungen und enthält die wichtigsten Informationen. Es freut uns, dass sich die Finanzlage weiter stabilisiert hat. Eine weitere Erhöhung des Eigenkapitals um 1,5 Millionen Franken ist zu vermelden. Die Jahresrechnung schliesst positiv ab, was einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen durch die Verwaltung zeigt. Andererseits wurde zu wenig investiert. Ich sage jedes Jahr das Gleiche: Es wäre nicht gut, wenn wir uns vom Gesamtergebnis blenden lassen würden. Er würde anders aussehen, wenn wir das Investitionsprogramm durchgezogen hätten. Das Ziel des strategiekonformen Werterhalts wurde immer noch nicht erreicht. Ausserdem werden wir die von Markus Lädach erläuterten Besserstellungen nicht jedes Jahr erleben dürfen. Wir müssen somit weiterhin schlau investieren und die Kosten unter Kontrolle haben. Ansonsten sind wir gut aufgestellt und freuen uns auf viele Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger.

Jorio Marco, GLP/BDP: Wieder einmal haben wir ein erfreuliches Ergebnis, aber bitte keine Euphorie. Es gibt viele Sondereffekte und diese sind nicht alle positiv. Die Budgetzahlen im Sozialbereich, welche nicht ganz korrekt waren aber schlussendlich für die Gemeinde positiv ausgegangen sind. Danach haben wir die Verkäufe der Liegenschaften. Liegenschaften verkauft man aber nur einmal. Drittens haben wir die nicht realisierte Investitionsvorhaben, damit wird einfach der Investitionsstau noch grösser. Uns würde natürlich interessieren, warum 17 Projekte nicht realisiert wurden. Um dies zu erfahren, starten wir heute eine einfache Anfrage. Für eine Steuersenkung gibt es trotz den schönen Zahlen für uns heute noch keinen Grund. Vor allem jetzt weil die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise noch nicht absehbar sind. Dass man nicht immer alle Einnahmen exakt budgetieren kann, ist uns klar, aber die Steuereinnahmen wurden in den letzten Jahren regelmässig zu optimistisch budgetiert. Vor allem fallen uns die extremen Abweichungen von 50 Prozent bei der Quellensteuer auf und natürlich auch bei der Einkommenssteuer. Die Abrechnung ist für uns übersichtlich und grösstenteils verständlich, aber wir vermissen eine Zusammenfassung auf politische Fragen. Ich möchte gerne wissen, was eigentlich die Worber Schule kostet, was kostet den Steuerzahler das ganze Sozialwesen, was kosten Strassen und so weiter. Dies findet man im Handout und im grossen Buch nicht. Wir möchten, dass man nächstes Jahr zusätzlich eine Zusammenstellung nach Departement oder Sparte macht. Beunruhigend sind für uns vor allem die Sozialausgaben, welche nach Auskunft der Finanzverwaltung brutto rund 20 Millionen betragen. Gemäss Verwaltungsbericht wurden davon alleine 9 Millionen Franken für die wirtschaftliche Sozialhilfe ausgegeben. Ich glaube, über diesen grossen Teil der Sozialausgaben müssten wir uns auch einmal Gedanken machen. Wir werden die schöne Jahresrechnung 2019 natürlich genehmigen und danken allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Zingg Stephan, SVP: Die SVP hat diese Unterlagen ebenfalls angeschaut. Wir danken Markus Lädach und seinem Team für die Arbeit, welche sie erledigt haben. Wir stellen fest, dass man in den letzten Jahren immer zu gute Resultate erzielt hat. Man hat immer Sondereffekte gehabt und Liegenschaften verkauft. Irgendeinmal werden wir keine Liegenschaften mehr haben, dies wurde bereits erwähnt. Aber auf der anderen Seite ist die Situation mit den Investitionen, welche wir wie jedes Jahr nicht erreichen. Ich habe die letzten vier Jahre zusammengerechnet. Wir haben im Durchschnitt 2,9 Millionen Franken investiert. Liebe Leute 2,9 Millionen Franken ist nichts für eine Gemeinde unserer Grösse. Ein weiterer Punkt sind die Steuereinnahmen, dies hat Markus schon gesagt, dort haben wir im Jahr 2020 versucht eine bessere Zielgrösse zu definieren und hoffen, dass wir uns verbessern werden. Das Jahr 2021 wird eine Herausforderung werden, egal auf welche Empfehlung man eingehen wird. Wir können nur verlieren und müssen schauen, dass wir trotzdem besser abschliessen können als im Jahr 2019. Die SVP wird der Jahresrechnung zustimmen.

Cetin Mayk, EVP: Auch die EVP sagt natürlich danke an die Finanzverwaltung und das ganze Team. Wenn man in der FIKO ist, sieht man was für ein Aufwand dahinter steckt und nochmals ein Merci von der EVP. So einig

wie heute, habe ich das Parlament noch nie gehört zu den Finanzen. Darum werde ich nicht ausführen was bereits gesagt wurde. Auf drei Punkte möchte ich mich trotzdem beziehen. Erstens hat Michael einen Variantenvergleich verlangt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass dieser Vorstoss durchaus Scharm hatte. Wir haben heute aber auch gehört, dass der WVRB der grösste Effekt war, welchen wir nicht einrechnen durften. Es war nicht seriös mit einer Annahme in diesen Prozess hineinzugehen. Vor allem wissen wir als Parlamentarier, dass dieser Effekt eintreten kann und müssen es zur Kenntnis nehmen. Der andere Punkt ist die Schuldenbremse und dabei muss ich ehrlich sagen, dieser Vorstoss, welcher erwähnt und eingereicht wurde, war bereits Diskussionsstoff. Es ist aber wichtig, dass ihr euch Gedanken macht, was wir damit machen wollen. Wir haben eine FIKO, welche die beiden Kennzahlen überprüft. Aktuell stehen wir sehr gut und man will uns jetzt künstlich ein Korsett anbinden und unseren Handlungsspielraum einschränken. Ich weiss nicht, was das uns hilft. Wir haben sowieso finanzpolitisch extrem wenig Handlungsspielraum als Gemeinde, dies wissen wir und jetzt wollen wir diesen noch einschränken? Dies sollte man zuerst wirklich überdenken, wenn man diese Änderung vornehmen will.

Suter Michael, FDP: Vielen Dank Mayk. Du entwickelst dich langsam zu meinem Spezialfreund hier im Parlament. So kommt es, wenn man nicht einmal die Vorstösse liest bevor man diese qualifiziert. Darum erlaube ich mir diese Replik. Es ist nicht so, dass die FDP eine zusätzliche Einschränkung fordert. Wenn du den Vorstoss liest, stellst du fest, dass dort keine zusätzliche Einschränkung vorhanden ist. Wir nennen nicht einmal eine Kennzahl. Dies überlassen wir alles der Regierung. Wir wollen einfach, dass es ein bisschen verbindlicher wird.

Lädach Markus, Departementvorsteher Finanzen: Vielen Dank für diese Zustimmung. Dies habe ich bei diesem Resultat auch nicht anders erwartet. Ich erlaube mir, zu einigen Punkte Stellung zu nehmen. Zuerst das Modell der natürlichen Personen. Wir haben nicht das Gefühl, dass das Modell vom Kanton falsch ist, sondern das Modell von der Bevölkerungsentwicklung. Wenn wir mehr Steuerzahler/innen in der Gemeinde Worb hätten, wären wir sehr nahe bei der budgetierten Summe. Das Wachstum kommt nicht so schnell, wie wir es erwartet haben. Wir sind immer noch optimistisch, dass es kommen wird, aber dies braucht seine Zeit. Kommen wir zum Thema Investitionen und Priorisierung. Ich kann euch sagen, dass kommt bald mit dem Budget und dem Finanzplan. Diese Priorisierungsliste wurde verbessert und hat jetzt mehrere Stufen. Die Schwierigkeit wird dabei immer sein, wer die Entscheidungen trifft. Der Gemeinderat kann etwas entscheiden und das Parlament möchte etwas anders. Wir werden euch Vorschläge machen. Wenn ihr einverstanden seid, können wir priorisieren und falls nicht, stimmt die Priorisierung wieder nicht. Die Bauabteilung hat eine detaillierte Priorisierung der Bauinvestitionen mit der Finanzplanung abgegeben. Zum Wunsch von der GLP für eine Sparten Darstellung nach Departement. Der Kanton hat mit sehr viel Aufwand, versucht mit HRM2 eine Einheitsrechnungslegung zu erstellen, welche bei allen Gemeinden möglichst einheitlich sein sollte. Wenn wir jetzt die Worber Rechnung anderes darstellen, dann weiss ich nicht, ob dies wirklich effizient ist. Wir wissen, dass der Sozialdienst am meisten kostet, da müssen wir nicht eine Spartenrechnung erstellen. Wir werden sicher in Betracht ziehen, ob wir diesem Wunsch mit Kennzahlen entsprechend können. Einen Antrag für eine Spartenrechnung würde ich ablehnen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden.

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2019 mit Aktiven und Passiven von CHF 68'627'450.08 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'596'693.88 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel "Schuldenbremse im Gesetz verankern"

Sitzung Nr. 395	Datum 22.06.2020	Traktandum 5	Beschlusnummer 2017/21-266	Geschäftsnummer 33050	Archivnummer 21/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage zum Beschluss zu unterbreiten, in der eine für die Gemeindeorgane verbindliche Schuldenbremse gesetzlich festgeschrieben wird. Die Eckwerte der Schuldenbremse sind insbesondere:

- Die Finanzplanung basiert auf verbindlichen Kennzahlen zur minimalen Eigenkapitalisierung, sowie zur maximalen Verschuldung, sowie zur Ziel-Liquidität;
- Die Finanzplanung erlaubt den Aufbau finanzpolitischer Reserven unter Berücksichtigung der Konjunkturzyklen;
- Die Einhaltung der definierten finanzpolitischen Kennzahlen ist für die Gemeindeorgane bei der Finanzplanung, der Budgetierung und der Rechnungslegung verbindlich;
- Von der Schuldenbremse sind Ausnahmen möglich. Diese bedürfen einer qualifizierten Mehrheit im Grossen Gemeinderat.

Begründung: Bisher wirkt die Schuldenbremse als deklarierte Selbstverpflichtung des Gemeinderates. Ein Blick auf das Investitionsprogramm der kommenden Jahre zeigt jedoch, dass diese Selbstverpflichtung bereits wieder geritzt werden soll. Dabei sind die Steuererträge angesichts der getrüben Konjunkturaussichten für die FDP keinesfalls als gegeben anzusehen. Die FDP fordert daher, dass die Schuldenbremse, zu der sich die Gemeinde Worb bereits informell verpflichtet hat, in geeigneter Form im Gesetz festgeschrieben wird. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament hierzu eine Vorlage zum Beschluss zu unterbreiten."

Einfache Anfrage der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Parkplatzgestaltung Hofmatt"

Sitzung Nr. 395	Datum 22.06.2020	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-267	Geschäftsnummer 33051	Archivnummer 33/20/4
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

"Als Gestaltungsgrundsatz für die Hofmatt ist gemäss Artikel 47 Absatz 4 des Gemeinde Baureglements (GBR) die Bodenversiegelung auf das notwendige Mass zu beschränken. Auch für Geschäfts-, Gewerbe und Industriezonen (Artikel 38, Absatz 3 GBR) ist bei der Gestaltung der Umgebung den ökologischen Aspekten besonders Rechnung zu tragen und Parkplätze sind wenn möglich mit unversiegelter Oberfläche zu gestalten. Zur Gestaltung des bisherigen und des neuen zusätzlichen Parkplatzes hinter der Dreiklangüberbauung (siehe beiliegende Abbildung) haben wir daher folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wieso wurde der neue Parkplatz nicht mit einer unversiegelten, versickerungsfähigen Oberfläche versehen?
2. Wieso konnte die Bodenversiegelung nicht stärker eingeschränkt werden?
3. Wieviel hätte ein unversiegelter und zusätzlich begrünter neuer Parkplatz hinter der Dreiklangüberbauung mehr gekostet?
4. Wieso sind auf den Parkplätzen nur sehr wenige langsam wachsende Eichen und nicht ausreichend Schatten spendende und schnell wachsende Bäume für die hauptsächliche Nutzung durch die Badegäste im Hochsommer gepflanzt worden?
5. Ist für die heissen Sommermonate eine zusätzliche Beschattung vorgesehen?"

Einfache Anfrage der GLP/BDP-Fraktion mit dem Titel "Investitionen 2019"

Sitzung Nr. 395	Datum 22.06.2020	Traktandum 7	Beschlusnummer 2017/21-268	Geschäftsnummer 33052	Archivnummer 32/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

"Die Rechnung 2019 hat mit einem erfreulichen Überschuss abgeschlossen. Einer der Gründe dafür sind zahlreiche, nicht realisierte Investitionsvorhaben, die in der Originalrechnung (S. 12) aufgelistet werden. Es handelt sich um nicht weniger als 17 Positionen im Umfang von 3,894 Mio. Fr. Bei einigen ist der Grund klar, bei anderen nicht. Wir bitten den Gemeinderat, dem Parlament die vollständige Liste zukommen zu lassen und bei jeder Position kurz (stichwortartig) anzugeben, warum die Investition nicht getätigt wurde. Besten Dank!"

Sandra Büchel-Wampfler
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 7. September 2020

Jürg Bigler
Sekretär